

sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der hauptsächlich schwarzen Lohnarbeiter im Apartheidstaat drastisch. Das findet seinen Ausdruck nicht nur in dem Einkommensgefälle zwischen weißen und schwarzen Arbeitskräften, sondern auch in der Zahl derer, die unterhalb der Armutsgrenze dahinvegetieren müssen.

Ein schwarzer Arbeiter erhält in der Industrie oder im Bergbau nur etwa 20 Prozent des Lohnes, den ein weißer für die gleiche Arbeit bekommt. In der Landwirtschaft sind es sogar weniger als 3 Prozent. Die Anzahl der Menschen, und das sind vor allem Farbige, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, erhöhte sich von 1960 bis heute von 4,9 auf annähernd 10 Millionen. Das sind etwa 35 Prozent der Bevölkerung Südafrikas. Diese eindeutigen Fakten belegen, daß es den imperialistischen

Die öffentliche Meinung wird ständig manipuliert

Unter diesen Bedingungen sieht sich der Imperialismus stärker als bisher zum Lavieren gezwungen. Denn seine Aktivitäten in Südafrika machen doch offensichtlich, daß er Hauptstütze des Apartheidregimes ist. Das paßt aber in keiner Weise zu der Rolle, die er vorgibt zu spielen: die Menschenrechte und die Demokratie zu verfechten.

Trotz weltweiter Verurteilung der Apartheid, in offiziellen Dokumenten der UNO wird sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit charakterisiert, erhalten die Machthaber in Pretoria materielle und moralische Schützenhilfe seitens der USA und anderer imperialistischer Länder. In diesem Sinne dienen die von imperialistischen Kreisen in der letzten Zeit abgegebenen Erklärungen gegen die Apartheid nur der Beruhigung und Manipulierung der Öffentlichkeit.

Das zeigt sich an der vom Impe-

Monopolen mit ihrer Wirtschaftsexpansion in Südafrika nur um ihre Profite geht. Ihr zunehmender Einfluß in Südafrika führte zu einer verschärften Ausbeutung der farbigen Mehrheit der Bevölkerung.

Die ständige Verschlechterung der ökonomischen Lage, die gepaart ist mit einer immer schärferen Unterdrückungspolitik gegenüber der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, hat einen zunehmenden Widerstand der Massen zur Folge. Dieser Kampf wird von der internationalen Öffentlichkeit unterstützt. Weltweit werden Forderungen nach der Beseitigung der Apartheid, nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen das Regime in Pretoria, nach Anerkennung der Legitimität des bewaffneten Kampfes des südafrikanischen Volkes unter Führung des ANC und nach Freilassung Nelson Mandelas erhoben.

rialismus eingeschlagenen Taktik. So wird mit einem Propagandefeldzug versucht vorzutäuschen, die Apartheid ließe sich reformieren oder friedlich wandeln. Auch das immer wieder strapazierte Lügenmärchen von einer sowjetischen Bedrohung muß erhalten. So wird in den imperialistischen Medien der gerechte Kampf des ANC als Ausdruck eines „sowjetischen Expansionismus“ in dieser Region bezeichnet. Werden dagegen konkrete Schritte gegen Pretoria, werden wirtschaftliche oder andere Sanktionen verlangt, dann zeigt sich, daß die Ablehnung der Apartheid nur verbaler Natur ist. Aus dem Lager des Imperialismus ist schon seit Jahren zu hören, man wolle auf die Regierung in Pretoria einwirken, um Veränderungen „ohne Gewalt“ durchzusetzen. Schon seit 5 Jahren wird in den USA von Fortschritten im friedlichen Wandel der Apartheid gefaselt. Doch bei einer genauen Betrachtung der Si-

tuation in Südafrika ist von einem Wandel nichts zu spüren. Das Gegenteil ist der Fall. An der gesetzlich verankerten Apartheid gibt es keinen Abstrich. Nach wie vor sind große Teile der schwarzen Bevölkerung aus ihren angestammten Territorien vertrieben und werden in sogenannten „Homelands“ eingepfercht. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht besser, sondern schlechter geworden. Nach wie vor sind sie ihrer politischen Rechte beraubt, werden sie rassistisch diskriminiert.

Eine Veränderung ist allerdings eingetreten: Die Politik des Staatsterrorismus nach innen und außen hat sich verschärft. Allein in der Zeit seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Juli 1985 wurden täglich 4 Apartheidgegner von den Rassisten ermordet und 54 verhaftet. Unter dem Eindruck dieser Tatsachen und der weltweiten Empörung über die maßlose Eskalation der Gewalt waren auch die Regierungen der imperialistischen Länder gezwungen, sich erneut zu Südafrika zu äußern. Reagan Unterzeichnete im September dieses Jahres einen Präsidialerlaß über Beschränkungen - nicht Sanktionen - in den Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika. Doch diese Beschränkungen müssen als das gewertet werden, was sie sind: eine Farce. Sie laufen darauf hinaus, kosmetische Reparaturen an der Apartheid vorzunehmen, ohne an ihrem Wesen etwas zu ändern.

Eine genauere Betrachtung der Reaganschen „Beschränkungen“ macht das deutlich.

So berührt beispielsweise ein ausgesprochenes Exportverbot von Computern an „Regierungsorganisationen, die bei der Durchführung der Apartheidpolitik mitwirken“, in keiner Weise die gesetzlichen Grundlagen der Apartheid. Nach wie vor entscheiden die Machthaber in Pretoria über den Einsatz bisher gelieferter Ausrüstungen bzw. „ziviler“ Computer.